

Thiel, Eberhard

**Article — Digitized Version**

## Der erste Nachtragshaushalt 1990

Wirtschaftsdienst

*Suggested Citation:* Thiel, Eberhard (1990) : Der erste Nachtragshaushalt 1990, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 70, Iss. 2, pp. 58-59

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136602>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# Der erste Nachtrags- haushalt 1990



Eberhard Thiel

Die Bundesregierung legt in diesen Tagen dem Parlament den Entwurf eines Nachtrags zum Bundeshaushaltsplan 1990 vor. Er sieht Mehrausgaben in Höhe von knapp 7 Mrd. DM vor. Während Beobachter bereits seit einem Vierteljahr in Zentraleuropa ein historisches Ereignis nach dem anderen identifizieren, kann diese erste Korrektur des Etats, des Schicksalsbuchs der Bundesrepublik, offensichtlich nicht dazu gezählt werden. Zwar wird der weitest- und größtenteils durch die Entwicklung in der DDR geprägt: Für die Unterbringung von Um- und Aussiedlern erhalten die Bundesländer Zuschüsse in Höhe von 0,9 Mrd. DM, und weitere 2,1 Mrd. DM werden in den mit der DDR vereinbarten gemeinsamen Reise-Devisenfonds eingezahlt; gleichzeitig entfallen das Begrüßungsgeld und ähnliche Leistungen. Aber nur relativ geringe Beträge werden direkt in der DDR wirksam: Insgesamt sind rund 1 Mrd. DM für Zinsverbilligungen im Rahmen des Kreditprogramms für kleinere und mittlere Betriebe, für die Sicherung der medizinischen Versorgung sowie für Umweltschutzprojekte in der DDR veranschlagt. Für Sofortmaßnahmen aufgrund aktueller Entwicklungen in der DDR sowie des Zuzugs von Aus- und Übersiedlern ist außerdem die Bereitstellung eines Globaltitels in Höhe von 2 Mrd. DM vorgesehen.

Die geringe Höhe der direkten Hilfen an die DDR ist zum einen ein Indikator für erhebliche Unsicherheiten auf bundesrepublikanischer Seite über den erforderlichen Umfang und die angemessene Struktur solcher Unterstützungsmaßnahmen. Dahinter verbergen sich Informationslücken und ein Mangel an Integrationskonzepten. Zum anderen fehlen immer noch konkrete Absprachen mit der Regierung der DDR; denn weder öffentliche Mittel noch privates Kapital werden ohne einen Minimalkonsens in ordnungspolitischen Fragen und ohne entsprechende gesetzliche Regelungen den Weg von Westen nach Osten finden. Angesichts des besonders von der Abwanderung aus der DDR ausgehenden Zeitdrucks und der von der Bundesregierung genährten Erwartungen auf schnelle Hilfe ist der auf beiden Seiten festzustellende Mangel an konkreten, quantifizierten Vorschlägen äußerst befremdlich.

Sicherlich ist es richtig, daß die Öffnung der DDR nicht in das Schema der bisherigen EG-Integrationen paßt; denn statt mit der stufenweisen Liberalisierung des Waren- und Dienstleistungsverkehrs zu beginnen und der dadurch begünstigten Anpassung der Produktivität und der Einkommen die Freizügigkeit von Kapital und Arbeit folgen zu lassen, um schließlich eine Währungsunion zu schaffen, verliefen die Entwicklungen ab November 1989 in diesem Lande eben anders. Die am Anfang der neueren Entwicklung in der DDR stehende Freizügigkeit für Arbeitskräfte und die anvisierte Bildung einer Währungsunion – auch ohne daß die Rahmenbedingungen für marktwirtschaftliche Anpassungsprozesse schon geschaffen wären – erleichtern nicht gerade die Erreichung des Hauptziels, die Steigerung des Produktivitäts- und Realeinkommensniveaus in der DDR, wenn nicht umgehend weitergehende unterstützende Maßnahmen ergriffen werden.

Wenn man damit bis zu der nach den März-Wahlen erhofften Bildung einer aktionsfähigen DDR-Regierung wartet, kann leicht ein halbes Jahr vergangen sein, ehe auch nur die Grundlagen für die versprochenen Hilfen geschaffen wären. Der immer wieder vorgebrachte Hinweis auf den Zeitdruck, unter dem man Maßnahmen entwickeln und sogar suboptimale

Konzepte hinnehmen müsse, hätte dann bestimmt – und hat wohl auch schon heute – an Rechtfertigungs- und Entschuldigungswert eingebüßt. Weitere Verzögerungen werden zu größeren Friktionen beim sektoralen und regionalen Strukturwandel führen, wodurch die politischen und ökonomischen Kosten erheblich ansteigen werden.

Da der vorliegende Nachtragshaushalt solche konkreten Ansätze nicht erkennen läßt, werden dieser ersten Korrektur weitere folgen. Der isolierte Einsatz einzelner Maßnahmen deckt die wirtschafts- und sozialpolitischen Problemfelder nicht ab, so daß in den folgenden Nachtragshaushalten gleichzeitig Ausgaben u.a. für folgende Verwendungszwecke zu finden sein werden: öffentliche Mitfinanzierung der Infrastruktur in der DDR, Finanzierung der als Folge des Strukturwandels in der DDR auftretenden Arbeitslosigkeit und vielleicht auch die Finanzierung einer unmittelbaren Anhebung der Realeinkommen, z.B. durch haushaltsorientierte Transferzahlungen.

Es ist nicht zu leugnen, daß Teile eines solchen Maßnahmenbündels das Marktgeschehen erheblich verzerren; dieses ist aber in der gegenwärtigen Situation schwer zu vermeiden. Solche direkten Hilfen, besonders die haushaltsorientierten Transferzahlungen und eventuelle Subventionen für sanierungsfähige Unternehmen sind nur dann zu rechtfertigen, wenn sie lediglich während einer kurzen Übergangszeit gewährt werden, bis die privaten Investitionen wirksam werden können. Bei Beurteilungen dieser Art sollte nicht vergessen werden, daß sich die Bundesrepublik eine im internationalen Vergleich sehr großzügige sozialpolitische Transferpolitik leistet und für Subventionen jährlich mehr als 130 Mrd. DM ausgibt. Angesichts des bei uns bestehenden Regulierungsniveaus und der durch Staatseingriffe verzerrten Preise sollte man die Ordnungspolitik der DDR nicht überfordern. Damit muß jedoch nicht verbunden sein, daß die DDR die gleichen Fehler wie die Bundesrepublik begeht.

Während der Beratungen über die künftigen Haushalte wird die Art der Finanzierung einen Hauptstreitpunkt darstellen. Ein Abbau von Subventionen wäre nicht nur ein erheblicher Finanzierungsbeitrag, sondern würde auch hier die Marktkräfte stärken. Über die Höhe der Militärausgaben wird bereits diskutiert. Die Zonenrandförderung wird zu einer stärkeren Selektion der wirklich bedürftigen Regionen gelangen müssen; generell sind die Infrastruktureinrichtungen in Grenznähe leistungsfähiger zu gestalten. Eine weiter ansteigende Staatsverschuldung führt zu kaum zu übersehenden künftigen Verteilungseffekten und würde die für die Ost- und Westintegration gleichermaßen dringend erforderliche künftige Flexibilität staatlichen Handelns unzumutbar einschränken. Die Leistungen der Bundesrepublik für die DDR sollten daher überwiegend durch eine höhere Besteuerung finanziert werden. Da der gegenwärtige Einkommensteuertarif im Prinzip konsensfähig erscheint, würde z.B. ein für alle Einkommen gleich hoher prozentualer Aufschlag auf die individuelle Steuerschuld wohl nicht als unsozial angesehen werden können. Stärker als bei den zunächst unbemerkt bleibenden Wirkungen höherer Staatsverschuldung käme bei einer Steuerfinanzierung durch den spürbar werdenden Verzicht auf Einkommen auch direkt die von der Bevölkerung der Bundesrepublik zu tragenden Opfer für die Entwicklung in der DDR zum Ausdruck.

Trotz der Bedeutung des Akzeptanzproblems gerade während des Bundestagswahlkampfes sind die politischen Willensträger gezwungen, der Bevölkerung die künftigen erheblichen Belastungen zu verdeutlichen. Forderungen aus der DDR nach Transfers in Höhe von 10 bis 15 Mrd. DM stießen wohl nicht nur wegen der fehlenden Spezifizierung, sondern aufgrund der Höhe auf äußerste Skepsis. Wenn sich die künftigen Belastungen auch noch nicht exakt abschätzen lassen, so sollten übertriebene Verunsicherungen durch rechtzeitige Darlegung von Finanzierungsalternativen und ihren Folgen vermieden werden. So würde ein Transfer von 100 Mrd. DM pro Jahr von West nach Ost, der nicht allein durch eine Anhebung der Einkommen- und Körperschaftsteuer finanziert werden könnte, einen Betrag von etwa 6 000 DM pro Kopf jedes DDR-Bürgers ausmachen und den Bürger der Bundesrepublik mit 1 600 DM belasten; das wären etwas mehr als 5 % des Volkseinkommens. Ist dieses bereits eine unzumutbare Belastung? Käme man auch mit der Hälfte aus? Sicherlich werden die Antworten auch von der endgültigen Verteilung der Belastung abhängen, außerdem von dem Ausmaß und der Effizienz der privaten Aktivitäten, die den Hauptteil der Umgestaltung der DDR-Wirtschaft leisten müssen.